

PRESSEMITTEILUNGPRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.deInternet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Finanzpolitik

Rainer Wiegard: Die teuerste Rede, die je ein Finanzminister hier gehalten hat!

Als „teuerste Rede, die je ein Finanzminister im Plenum des Landtages gehalten hat“, bezeichnete der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Rainer Wiegard, MdL, den von den Regierungsfractionen beantragten Bericht zur Lage der öffentlichen Finanzen in Schleswig-Holstein.

Noch kein Finanzminister vor ihm habe während der Zeit seiner Rede soviel Zinsen bezahlt und zugleich so viel neue Schulden aufgenommen, um diese Zinsen bezahlen zu können wie Dr. Stegner, sagte Wiegard. Und diese neuen Schulden führten im kommenden Jahr zu neuen Zinslasten, für deren Bezahlung wieder auf Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes verzichtet werde – wie in allen Jahren der Simonis-Regierung vorher.

Wiegard kritisierte vor allem, dass der Finanzminister erneut verweigert habe, einen wahrheitsgemäßen Bericht über die tatsächliche Finanzlage des Landes zu geben und eine Analyse der politischen Entscheidungen vorzulegen, die diese Lage herbeigeführt hätten. Ohne diese sorgfältige Analyse würden auch die Schlussfolgerungen zur Lösung der Finanzprobleme nichts taugen. Entsprechend seien auch die rot-grünen Vorschläge.

Am Ende der Regierungszeit von Frau Simonis werde das Land mehr als 21 Milliarden Euro Schulden haben. Allein in den sechs Haushaltsjahren 2000 bis 2005 habe die rot-grüne Landesregierung insgesamt mehr Vermögen verkauft und Schulden aufgenommen, als die CDU in ihren 40 Regierungsjahren für den Aufbau des Landes nach dem 2. Weltkrieg aufnehmen musste.

Die gesamten Netto-Steuereinnahmen des Landes (nach Abzug des Gemeindeanteils) würden allein für die Kosten von Personal und Verwaltung verbraucht. „Für Investitionen in die Zukunft ist das Land inzwischen gnadenlos auf die Hilfe anderer Länder und den Gang zur Sparkasse angewiesen“, warf Wiegard der Landesregierung vor.

Notwendig sei das gleichzeitige Umsteuern konsumtiver Ausgaben in zukunftsfähige Investitionen, die unverzügliche Einleitung von Stellenreduzierungen in der Landesverwaltung durch eine drastische Reduzierung der Regelungsvielfalt und der Verzicht auf bisher öffentliche Aufgaben, die von Bürgern und Unternehmen auch in eigener Verantwortung wahrgenommen werden könnten. Dazu habe die CDU in den vergangenen Jahren mit ihren Haushaltsanträgen hinreichende Vorschläge gemacht, die allesamt von den Regierungsfractionen abgelehnt worden sind.

